

Dr. Wolfgang Schüssel  
Bundeskanzler

XXII. GP.-NR

4220 /AB

2006 -07- 14

zu 4517/J

An den  
Präsidenten des Nationalrats  
Univ. Prof. Dr. Andreas KHOL  
Parlament  
1017 Wien

Wien, am 14. Juli 2006

GZ: BKA-353.110/0125-IV/8/2006

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Spindelegger, Kolleginnen und Kollegen haben am 5. Juli 2006 unter der Nr. **4517/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Österreichische EU-Präsidentschaft, Leistungen und Ergebnisse gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 5:

Siehe Anlage.

Hinsichtlich der Treffen der Ratsarbeitsgruppen, die unter der Leitung österreichischer Beamter in Brüssel oder Luxemburg stattfanden, verweise ich auf die Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage 4518/J an die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten

Zu den Fragen 6 und 7:

Nach den mir vorliegenden Aufzeichnungen über die bereits geleisteten bzw. befraglich feststehenden Zahlungen zum Stichtag 1. Juli 2006 stellen sich die finanziellen Aufwendungen, die dem Bundeskanzleramt durch die Ratspräsidentschaft Österreichs entstanden sind, wie folgt dar:

Sachaufwand Kapitel 10 2005	519.321
Sachaufwand Kapitel 10 2006	978 070
Sachaufwand Kapitel 13	245 850
Ermächtigung 2005	2 526 856
Ermächtigung 2006	3 268 840
<b>Summe Sachaufwand</b>	<b>7 538 937</b>

Für besondere Projekte im Rahmen der Ratspräsidentschaft wurde in den Jahren 2005 und 2006 jeweils eine Ermächtigung bis zu 10 Mio. Euro veranschlagt. Diese Ermächtigungen wurden insgesamt nur zu rund einem Viertel in Anspruch genommen. Der übrige Aufwand wurde aus dem laufenden Budget bedeckt.

Zu den Fragen 8 und 9:

Insgesamt wurden 28 Personen für Aufgaben im Rahmen der Ratspräsidentschaft aufgenommen, dies allerdings nur im Rahmen befristeter Dienstverhältnisse. Der Aufwand hierfür wurde aus dem laufenden Budget bedeckt und gliedert sich wie folgt auf:

EU-Zusatzpersonal 2005	576 657
EU-Zusatzpersonal 2006	810 000
<b>Summe Personalaufwand</b>	<b>1 386 657</b>

Zur Frage 10:

Es wurden keine Werkverträge betreffend längerfristige Arbeitsleistungen und keine Arbeitsleihverträge abgeschlossen.

Zur Frage 11:

Die Wahrnehmung der Präsidentschaft des Rates obliegt den Mitgliedstaaten auf Grund der Verträge der EU. Es ist eine Dienstleistung für das Funktionieren der Europäischen Union, die turnusmäßig von jedem Mitgliedstaat in gleicher Weise zu erbringen ist. In dieser Rotation spiegelt sich auch die Gleichstellung der EU-Mitgliedstaaten wieder. Die Präsidentschaft bringt darüber hinaus mit sich, in den internationalen Beziehungen sechs Monate lang als Gesicht und Stimme der Europäischen Union wahrgenommen zu werden.

Zu den Kosten- und Nutzenüberlegungen verweise ich auf die jüngst erfolgten Mitteilungen des Bundesministers für Finanzen an die Öffentlichkeit, die sich auf Berechnungen von Wirtschaftsforschungsinstituten stützen. Danach ist durch die Ratspräsidentschaft eine zusätzliche Wertschöpfung zwischen 108 und 400 Mio. Euro eingetreten. Es wurden mehr als 2.700 Personen zusätzlich beschäftigt und es kamen rund 53.000 zusätzliche Gäste nach Österreich.

Anlage



Zu den Fragen 1 bis 4:

**I. Formelle Treffen unter der Leitung des Bundeskanzleramtes während ö. EU-Ratspräsidentschaft 2006**

**März 2006**

<b>Datum</b>	<b>Thema</b>	<b>Ort</b>
23. März	Dreigliedriger Sozialgipfel für Wachstum und Beschäftigung ( <b>Vorsitz Bundeskanzler</b> )	Brüssel
23./24. März	Europäischer Rat ( <b>Vorsitz Bundeskanzler</b> )	Brüssel

**April 2006**

<b>Datum</b>	<b>Thema</b>	<b>Ort</b>
23.-25. April	EU-Japan-Gipfeltreffen ( <b>Vorsitz Bundeskanzler</b> )	Tokio

**Mai 2006**

<b>Datum</b>	<b>Thema</b>	<b>Ort</b>
8.-13. Mai	EU-LAK Gipfeltreffen ( <b>Vorsitz Bundeskanzler</b> )	Wien
18./19. Mai	Rat Bildung, Jugend und Kultur ( <b>Vorsitz FBM Gehrer, FBM Haubner und StS Morak</b> )	Brüssel
25. Mai	EU-Russland-Gipfeltreffen ( <b>Vorsitz Bundeskanzler</b> )	Sotschi, Russland

**Juni 2006**

<b>Datum</b>	<b>Thema</b>	<b>Ort</b>
15./16. Juni	Europäischer Rat ( <b>Vorsitz Bundeskanzler</b> )	Brüssel
21. Juni	EU-USA Gipfeltreffen ( <b>Vorsitz Bundeskanzler</b> )	Wien

## II. Informelle Treffen unter der Leitung des Bundeskanzleramtes während ö. EU-Ratspräsidentschaft 2006

### II. A. Regelmäßige informelle Treffen, die von jedem Vorsitz "gewohnheitsrechtlich" durchgeführt werden

**2005**

<b>Datum</b>	<b>Thema</b>	<b>Ort</b>
24./25. Oktober	Konferenz der „Directors of Better Regulation“	Wien
19. Dezember	Treffen des Präsidiums und der Fraktionsvorsitzenden des Europäischen Parlaments mit der österreichischen Bundesregierung ( <b>Vorsitz Bundeskanzler</b> )	Wien

**Jänner 2006**

<b>Datum</b>	<b>Thema</b>	<b>Ort</b>
9. Jänner	Treffen Europäische Kommission mit der österreichischen Bundesregierung ( <b>Vorsitz Bundeskanzler</b> )	Wien
11. Jänner	Arbeitstreffen Troika Secretariat European Public Administration Network (EPAN)	Wien
16. Jänner	Troikatreffen Innovative Public Service Group (IPSG)+ European Public Administration Network (EPAN)	Wien

**Februar 2006**

<b>Datum</b>	<b>Thema</b>	<b>Ort</b>
2./3. Februar	Arbeitsgruppe Innovative Public Service Group (IPSG)	Wien
6./7. Februar	Arbeitsgruppe Europäisches Netzwerk der öffentlichen Verwaltungen (EPAN)	Wien
15. Februar	Lissabon-Beamtenreffen zur Vorbereitung des Frühlingstreffens 2006	Wien

**März 2006**

<b>Datum</b>	<b>Thema</b>	<b>Ort</b>
6. März	Arbeitstreffen Troika Secretariat European Public Administration Network (EPAN)	Wien
24.-26. März	7. Europäische "Frauen und Sport"- Konferenz	Wien
9./10. März	Siebttes Europäisches Forum Nationaler	Wien

Ethikkomitees		
16./17. März	Arbeitsgruppe Common Assessment Framework (CAF)	Wien
24. März	Troikatreffen Europäisches Netzwerk der öffentlichen Verwaltungen (EPAN)	Wien
29./30. März	Sportdirektorenkonferenz	Wien

**April 2006**

<b>Datum</b>	<b>Thema</b>	<b>Ort</b>
5.-7. April	Informeller Kulturausschuss	Rust
6.-8. April	Konferenz Direktoren europäischer Verwaltungsschulen	Wien
25./26. April	Arbeitsgruppe Innovative Public Service Group (IPSG)	Wien
21. April	Arbeitsgruppe European Public Administration Network (EPAN)	Brüssel
25./26. April	Arbeitsgruppe Innovative Public Service Group (IPSG)	Wien

**Mai 2006**

<b>Datum</b>	<b>Thema</b>	<b>Ort</b>
2./3. Mai	Treffen der EuGH-Prozess Vertreter	Wien
2./3. Mai	Arbeitsgruppentreffen Sportdirektoren +World Anti Doping Agency (WADA)	Dürns tein
4./5. Mai	E-Government-Arbeitsgruppe	Wien
28. Mai	Troikatreffen Generaldirektoren öffentliche Verwaltung	Wien
29.-30. Mai	Konferenz Generaldirektoren öffentliche Verwaltung	Wien
30. Mai	Arbeitstreffen Troika Sekretariat Europäisches Netzwerk der öffentlichen Verwaltungen (EPAN)	Wien

**Juni 2006**

<b>Datum</b>	<b>Thema</b>	<b>Ort</b>
8.-9. Juni	Treffen der europäischen Cultural Contact Points	Wien
8.-9. Juni	European Forum for Architectural Policies	Wien
14. Juni	Arbeitstreffen Europäisches Netzwerk der	Wien

	öffentlichen Verwaltungen (EPAN) zu "Customer Satisfaction"	(Schwechat)
23. Juni	Treffen Europäisches Amt für Personalauswahl (EPSO)-Netzwerk	Wien

## II. B. Informelle Treffen, die über österreichische Initiative stattfanden

### Jänner 2006

<b>Datum</b>	<b>Thema</b>	<b>Ort</b>
13.-15. Jänner	Treffen der EU-Sportminister und EU-Kommission ( <b>Vorsitz StS Schweitzer</b> )	Bad Mitterndorf
26.-28. Jänner	Internationale Konferenz in Salzburg mit dem Titel „The Sound of Europe - Variationen und Fantasien zur zukünftigen Gestaltung Europas“ ( <b>Vorsitz Bundeskanzler</b> )	Salzburg

### Februar 2006

<b>Datum</b>	<b>Thema</b>	<b>Ort</b>
9./10. Februar	Konferenz "Vertrauen im Internet" und "E-Government für ganz Europa"	Wien

### März 2006

<b>Datum</b>	<b>Thema</b>	<b>Ort</b>
2./3. März	Hochrangige Expertenkonferenz „Stärkung der europäischen Content- und Kreativwirtschaft im globalen Wettbewerb im Lichte der Lissabon-Strategie“	Wien

### April 2006

<b>Datum</b>	<b>Thema</b>	<b>Ort</b>
18./19. April	Subsidiaritätskonferenz 2006 mit dem Titel "Europa fängt zu Hause an" ( <b>Vorsitz Bundeskanzler, Nationalratspräsident und niederösterreichischer Landeshauptmann</b> )	St. Pölten

### Mai 2006

<b>Datum</b>	<b>Thema</b>	<b>Ort</b>
29.-30. Mai	Seminar zur Biopatentrichtlinie („Die Patentierung biotechnologischer Erfindungen“)	Wien



- **KLEIN-UND MITTELUNTERNEHMEN**

- der 3 %-Forschungsquote bis 2010.
- Durch neue, auf Kofinanzierung zwischen EIB und EU-Haushalt basierende Finanzinstrumente werden für die Forschung bis 2013 unter Einbeziehung des privaten Sektors bis zu 30 Mrd. € zusätzlich zur Verfügung stehen.
  - Anerkennung der Notwendigkeit eines Europäischen Technologieinstitutes. Ein Vorschlag der EK über die weiteren Schritte wird Mitte Juni 2006 vorgelegt.
  - „Think Small First“ wird ein durchgängiges Prinzip der Europäischen Union und wird auf alle Politikbereiche angewendet.
  - Nationale Förderungen für KMUs werden erleichtert: Die Europäische Kommission wird eine Verdoppelung der so genannten De-minimis-Regel und eine Ausweitung der Gruppenfreistellung prüfen.
  - Die Gründungen von neuen Unternehmen werden in den Mitgliedstaaten wesentlich vereinfacht und erleichtert: Bis 2007 werden alle Mitgliedstaaten der Union „One-stop-shops“ für Unternehmensgründungen einrichten.
  - Die Gründungsdauer von neuen Unternehmen soll verkürzt werden. Bis Ende 2007 sollen Gründungen maximal 7 Tage dauern.
  - „Better Regulation“ ist ein zentrales Anliegen der KMU-Politik. Die Kommission wurde aufgefordert, überprüfbare Ziele zur Verringerung des Verwaltungsaufwandes festzulegen.
  - besserer Zugang für KMUs zu Finanzmitteln (7. Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung und das CIP (Competitiveness and Innovation Programme)).

- **ENERGIE**

Energie wurde erstmals gesamthaft als europäisches Thema in den verschiedenen Facetten behandelt:

- gemeinsame externe Energiepolitik und Bewältigung von Krisensituationen, Diversifizierung
- Vollendung des gemeinsamen





zur Einrichtung gemeinsamer Visa-Antragstellen zum Abschluss von Rückübernahmeabkommen. Entwicklung regionaler Schutzprogramme mit Ukraine, Moldau, Belarus und Tansania). Bekämpfung des Menschenhandels auf Grundlage des bestehenden Aktionsplanes.

Rasche Durchführung der Strategie für die externe Dimension der JI-Politik durch Sicherheitspartnerschaften mit Nachbarländern, insb. den westlichen Balkanländern, zur Bekämpfung organisierter Kriminalität, Korruption, illegaler Einwanderung und Terrorismus.

Wichtige Orientierungsdebatte zu Migration und Integration: Entwicklung des Gesamtansatzes zur Migrationsfrage gem. den Beschlüssen vom Dezember 2005: Verstärkte Zusammenarbeit bei der operativen Zusammenarbeit bei der Überwachung der Seegrenzen. Dialog mit afrikanischen Ländern im Rahmen einer panafrikanischen Konferenz zu Migration und Entwicklung. Voranbringen des Strategieplans der EK zur legalen Zuwanderung. Durchführung der Aktionspläne zur Terrorismusbekämpfung. Aufruf zur Prüfung der Frage, wie die Beschlussfassung im JI-Bereich auf der bestehenden vertraglichen Grundlage verbessert werden kann. Politische Koordination der MS bei Notfällen, Krisen und Katastrophen durch die EU. Engere konsularische Zusammenarbeit zwischen den MS in bestimmten Regionen.

Förderung der europäischen Lebensweise in einer globalisierten Welt: Annahme einer neuen und umfassenden Strategie der Union für nachhaltige Entwicklung. Fortsetzung der Beratungen im Rahmen des UN-Übereinkommens über Klimaänderung und des Kyoto-Protokolls. Vorlage eines Berichtes der EK betreffend die Umsetzung der RL über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten unter Berücksichtigung der Lage der KMU.

Weiterverfolgung der neubelebten Lissabon – Strategie: Allgemeine Überprüfung des Status des Binnenmarktes, gebührende

Aufmerksamkeit der sozialen Auswirkungen der europäischen Rechtssetzung im Rahmen der integrierten Folgenabschätzung. Aufruf zur raschen Annahme des 7. Rahmenprogramms für Forschung. Vorlage des förmlichen Vorschlages zur Einrichtung des Europäischen Technologieinstitutes im Herbst 2006. Baldiger Beschluss eines Aktionsprogramms der Gemeinschaft im Bereich Verbraucherpolitik. Zusätzliche Anstrengungen zur Bekämpfung seltener Krankheiten, insb. im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms im Bereich Präventions- Diagnose- und Therapiemaßnahmen.

Energiepolitik: Aufforderung an die EK und den Rat ein Bündel von Maßnahmen mit einem klaren Zeitplan unter besonderer Berücksichtigung der externen Dimension bis Anfang 2007 auszuarbeiten. Strategische Partnerschaften mit den wichtigsten Erzeuger-, Transit- und Verbraucherländern (z. B. Erarbeitung relevanter Punkte für ein Energieabkommen mit Russland; Ausweitung des Energiebinnenmarktes auf die Nachbarländer der EU).

Aktive Unterstützung des Dialoges zwischen den Kulturen und Zivilisationen.

Finanzielle Vorausschau 2007 bis 2013: Rasche Annahme der erforderlichen Rechtsinstrumente zur Umsetzung. Begrüßung der Erweiterung der Euro-Zone um Slowenien.

Steigerung der Wirksamkeit, Kohärenz und Sichtbarkeit der Außenpolitik der Union: Befürwortung der Berichte „Europa in der Welt“ des EK-Präsidenten und „Folgemaßnahmen zu den Hampton Court Mandaten“ des GS/HV. Erste Umsetzungsbilanz Ende 2006.

Eine besser funktionierende Union: Beratungen des Rates in noch größerem Maß öffentlich gemacht; allgemeine Politik der Transparenz beschlossen. Zusage der EK den nationalen Parlamenten alle neuen Vorschläge und Konsultationspapiere direkt zur Verfügung zu stellen und sie zu Stellungnahmen hinsichtlich der Grundsätze

der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit einzuladen. Bessere Zusammenarbeit im Rahmen der COSAC. Systematische Prüfung der im Protokoll über Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit enthaltenen Leitlinien durch EP, Rat und EK. Stärkung der Rolle des EP im Komitologieverfahren wird begrüßt.

25% weniger Verwaltungsaufwand auf europäischer Ebene wird angestrebt und EK um Vorschläge bis Anfang 2007 ersucht. Integrierte Folgenabschätzung muss fester Bestandteil der Entscheidungsprozesse der Organe der Union werden. Fortsetzung der Prüfung anhängiger und bestehender Rechtsvorschriften hinsichtlich Vereinfachung.

• **AUSBLICK AUF DIE ZUKUNFT**

Verfassungsvertrag: Fortsetzung der im Juni 2005 gestarteten Diskussionsphase mit stärkerem Fokus auf „Aktion“. Es sollen konkrete Ergebnisse erzielt und Vorhaben durchgeführt werden. Vorlage eines Berichtes über den Stand der Arbeiten und der Debatte in der 1. Jahreshälfte 2007. Die erforderlichen Beschlüsse über das Schicksal des VVE müssen spätestens bis Ende 2008 getroffen werden.

Erweiterung: Die Beratungen von Klosterneuburg werden im 2. Halbjahr 2006 fortgesetzt. BG und RO: Beitrittsdatum 1. Jänner 2007 wird bekräftigt und beide Länder werden aufgefordert, ihre Anstrengungen noch energischer fortzusetzen, damit die verbleibenden Probleme gelöst werden können. Nächster Monitoringbericht der EK Anfang Oktober 2006.

ER wird im Rahmen seiner Dezembertagung alle Fragen im Zusammenhang mit künftigen Erweiterungen, darunter auch die Fähigkeit der EU neue Mitglieder aufzunehmen, diskutieren. Die EK wird einen Sonderbericht über alle Aspekte der Aufnahmefähigkeit der Union vorlegen.

Türkei: Der ER erwartet, dass die TK alle in den Verträgen verankerten Werte und Ziele teilen. Das Tempo der Verhandlungen hängt

<p>• <b>AUSSENBEZIEHUNGEN</b></p>	<p>von den Fortschritten der MS selbst ab. Die TK muss ihre Verpflichtungen gem. dem Assoziationsabkommen und dem dazugehörigen Zusatzprotokoll erfüllen sowie Reformprozess nachhaltig weiterführen.</p> <p>Kroatien: CRO muss die in den Verträgen niedergelegten Werte und Ziele teilen und seine Reformanstrengungen fortsetzen.</p> <p>Westliche Balkanstaaten: Die europäische Perspektive i. S. des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens, der Thessalonikiagenda und der Salzburger Erklärung wird bekräftigt. Die uneingeschränkte Zusammenarbeit mit dem ISGH wird erwartet. Die Mitgliedschaft in der EU bleibt das Endziel.</p> <p>Bekräftigung der Bedeutung der europäischen Nachbarschaftspolitik als Instrument der stärkeren Zusammenarbeit mit den Nachbarn zur Mehrung von Wohlstand, Stabilität und Sicherung der Grenzen.</p> <p>Verbesserte Zusammenarbeit mit dem Europarat positiv. Würdigung des Juncker-Berichtes über die künftigen Beziehungen zwischen EU und Europarat.</p> <p>Billigung des Vorsitzberichtes zur ESVP und Annahme von Erklärungen zur Lage im Iran, Irak, Naher Osten, Afrika, Libanon und Timor-Leste.</p>
<p><b>DREIGLIEDRIGER SOZIALGIPFEL für Wachstum und Beschäftigung, 23. März 2006</b></p> <p>Verstärkte Einbindung der Europäischen Sozialpartner im Sinne einer Übertragung des österreichischen Modells auf die europäische Ebene</p>	<p>Gedankenaustausch zwischen den Regierungschefs der „Troika-MS“ (Ö, D und FIN) - wobei D durch Vizekanzler Münterfering vertreten war - EK-Präsident Barroso und den entsprechenden Fachministern bzw. EK-Mitgliedern mit den Spitzen der europäischen Sozialpartnerverbänden zu Fragen der Umsetzung der Strategie für Wachstum und Beschäftigung in Vorbereitung des Europäischen Rats.</p> <p>Europäischer Rat 23./24. März 2006: Erstmaliges Treffen mit den Präsidenten der europäischen Arbeitgeber bzw. Arbeitnehmerverbänden (UNICE, EGB) und</p>

	<p>dem Präsidenten der EZB zu Beginn der Tagung des Europäischen Rats, bei dem in erster Linie die positive Haltung zur Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung bekräftigt wurde.</p>
<p><b>EU-STRATEGIE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG (EU SDS)</b></p> <p>Erfolgreicher Abschluss des Überprüfungsprozesses der EU-Strategie für Nachhaltige Entwicklung (EU SDS) und Annahme der erneuerten EU SDS durch den Europäischen Rat im Juni 2006</p>	<p>Der Überprüfungsprozess der vom Europäischen Rat in Göteborg 2001 beschlossenen EU- Strategie für Nachhaltige Entwicklung (EU SDS) wurde im Jahr 2004 (Amtsantrittes der neuen Europäischen Kommission) gestartet.</p> <p>Unter österreichischer Präsidentschaft wurden auf der Grundlage der EK-Mitteilung von Dezember 2005, welche den bisherigen Überprüfungsprozess zusammen fasste, umfassende Arbeiten für eine erneuerte EU SDS durchgeführt, welche in einer horizontalen Ratsarbeitsgruppe, der RAG „Freunde der Präsidentschaft“ koordiniert wurden. Die verschiedenen Ratsformationen, das Europäische Parlament sowie der Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss lieferten ebenfalls Beiträge. Diese Arbeiten mündeten in der Erstellung eines Textes für eine erneuerte, ambitionierte und umfassende EU SDS, welche vom Europäischen Rat am 15.-16.6.2006 angenommen wurde. Neben sieben Schlüsselbereichen mit Zielen und Maßnahmen verfügt die erneuerte EU SDS unter anderem über einen Überprüfungsmechanismus, der gewährleistet, dass sich der Europäische Rat alle zwei Jahre mit dem Thema befassen wird.</p>
<p><b>E-GOVERNMENT</b></p> <p>Schlussfolgerungen zum Thema „Elektronische Behördendienste für alle Europäer“</p>	<p>Österreichische Schwerpunkte im Bereich E-Government waren während der Präsidentschaft insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Elektronisches Identitätsmanagement</li> <li>• Vertrauen bei der Internetnutzung unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, die Privatsphäre und Wahlmöglichkeiten von Benutzern sicherzustellen</li> <li>• Anerkennung elektronischer Dokumente in der EU,</li> </ul>

**Interoperabilität und Archivierung**

- Verbesserung der Nutzung von bestehenden eGovernment-Ressourcen, wie sie derzeit von den Mitgliedstaaten und der Kommission entwickelt und verwaltet werden
- Verbesserung der Effizienz und Effektivität der öffentlichen Verwaltungen durch die Förderung innovativer Dienste und Verfahren

Diese Themen wurden daher bei der hochrangigen Expertenkonferenz „eGovernment for all Europeans“ am 10.2. im MUMOK in den Vordergrund gestellt.

Die Ergebnisse dieser Konferenz flossen in die Aktivitäten der Kommission ein, die am 25.4. in einer Mitteilung den E-Government-Aktionsplan im Rahmen der i2010-Initiative: „Beschleunigte Einführung elektronischer Behördendienste in Europa zum Nutzen aller“ vorstellte. Der Aktionsplan umfasst fünf Bereiche, die bis 2010 vordringlich behandelt werden müssen: Kein Bürger bleibt zurück, Erhöhung der Effizienz, Verwirklichung der elektronischen Vergabe öffentlicher Aufträge, Sicherer Zugang zu Diensten in der ganzen EU, Stärkung der Bürgerbeteiligung und der demokratischen Entscheidungsprozesse.

Insbesondere der Bereich „Sicherer Zugang zu Diensten in der ganzen EU“, der den Bereich Elektronische Identität (eID) und elektronische Dokumente anspricht, ist auf die österreichischen Aktivitäten zurückzuführen: Es besteht Einigung darüber, die gegenseitige Anerkennung nationaler elektronischer Identitäten für die Internetauftritte und Dienste der öffentlichen Verwaltungen zu erleichtern. Laut dem Aktionsplan soll dies bis 2010 verwirklicht sein. Die Kommission wird dazu beitragen, indem sie u.a. umfangreiche grenzüberschreitende Demonstrationsprojekte unterstützt und im Jahr 2007 gemeinsame Spezifikationen für die Verwaltung elektronischer Identitäten aufstellt.

Als konsequenter Follow-Up zu den österreichischen Schwerpunktaktivitäten im

	<p>Bereich E-Government wurden beim Telekom-Rat am 8.6.2006 Schlussfolgerungen zum Thema "Elektronische Behördendienste für alle Europäer" verabschiedet, die die Kernbereiche des E-Government Aktionsplans aufgreifen und die genannten Schwerpunktthemen forcieren.</p>
<p><b>KULTUR 2007 (2007-2013) - Politische Einigung</b></p>	<p>Die EK legte im Juli 2004 einen Vorschlag für das Programm „Kultur 2007“ vor, welches das aktuelle Kulturförderprogramm „Kultur 2000“ (2000-2006) ablösen soll. Die Ziele von „Kultur 2007“ sind die Förderung der Mobilität von Kulturschaffenden und Kunstwerken sowie die Unterstützung des interkulturellen Dialogs. Ausgehend von der Einigung über die Finanzielle Vorausschau 2007-2013 vom April 2006 wurden unter österreichischem Vorsitz Verhandlungen über die Mittelaufteilung auf die Aktionsbereiche aufgenommen und nach kurzer Zeit erfolgreich abgeschlossen. Der Rat nahm am 18. Mai 2006 eine politische Einigung an. Für eine Laufzeit von sieben Jahren soll das Budget von „Kultur 2007“ € 400 Mio. betragen.</p>
<p><b>EUROPA FÜR BÜRGER/INNEN (2007-2013) - Politische Einigung</b></p>	<p>Die Europäische Kommission legte im April 2005 den Vorschlag für ein neues Aktionsprogramm zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft unter dem Titel „Bürger/innen für Europa“ (2007-2013) vor. Die Ziele sind die Teilnahme der BürgerInnen am Aufbau des „Projekts Europa“ zu forcieren, die „Europäische Identität“ zu stiften, sowie die Zusammenarbeit zwischen BürgerInnen und europäischen Institutionen zu verbessern. Unter österreichischem Vorsitz wurden zunächst die Verhandlungen über die inhaltlichen Aspekte fortgeführt, wobei mehrere strittige Punkte erfolgreich geklärt werden konnten. Ausgehend von der Einigung über die Finanzielle Vorausschau 2007-2013 vom April 2006 wurde die Diskussion über die Mittelaufteilung nach kurzer Zeit erfolgreich abgeschlossen. Der Rat nahm am 18. Mai 2006 eine politische Einigung an. Dabei erfolgte die Umbenennung des Programms auf „Europa</p>



	<p>für Bürger/innen". Die offene Frage der direkten Strukturförderung von bestimmten Organisationen konnte ebenfalls gelöst werden. Für eine Laufzeit von sieben Jahren soll das Budget des neuen Bürgerschaftsprogramms € 215 Mio. betragen.</p>
<p><b>EUROPÄISCHES JAHR DES INTERKULTURELLEN DIALOGS 2008 - Allgemeine Ausrichtung</b></p>	<p>Als eines der Ziele von „Kultur 2007“ wurde die Förderung des interkulturellen Dialogs vorgesehen. In diesem Zusammenhang schlug die Europäische Kommission vor, 2008 zum Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs auszurufen, um die Bürger/innen für dieses Thema zu sensibilisieren, und legte im Oktober 2005 den diesbezüglichen Vorschlag vor. Unter österreichischem Vorsitz wurden zunächst inhaltliche Aspekte behandelt. Ausgehend von der Einigung über die Finanzielle Vorausschau 2007-2013 vom April 2006 konnten die Konsultationen über die Mittelaufteilung nach kurzer Zeit erfolgreich abgeschlossen werden. Aufgrund der ausständigen Stellungnahme des Europäischen Parlaments erzielte der Rat am 18. Mai 2006 eine allgemeine Ausrichtung. Für die Umsetzung des Schwerpunktjahres 2008 (inkl. der Vorbereitungen in 2007) wurde ein Budget von € 10 Mio. vorgesehen.</p>
<p><b>KULTURHAUPTSTADT EUROPAS (2007-2019) - Politische Einigung in erster Lesung</b></p>	<p>Die Europäische Kommission legte im Mai 2005 den Vorschlag über die Regelung der Aktion „Kulturhauptstadt Europas“ für die Jahre 2007-2019 vor. Es handelt sich hierbei um eine zweite Revision, in deren Rahmen umfassende Änderungen vorgenommen werden sollen (Rolle der Jury, Stärkung der Wettbewerbskomponente, Betonung der „europäischen Dimension, Transparenz des Auswahlverfahrens, Beteiligung von Drittländern). Die Finanzierung der Veranstaltung ist im Rahmen von „Kultur 2007“ vorgesehen (ca. 3. Mio. pro Stadt). Unter österreichischem Vorsitz wurden die Weichen für eine Einigung mit dem Europäischen Parlament in erster Lesung gestellt. Das ausverhandelte Kompromisspaket wurde im April 2006 vom Europäischen Parlament bestätigt. Der Beschluss soll demnächst im Rahmen einer</p>

	Ratstagung als A-Punkt angenommen werden.
<b>UNESCO-KONVENTION ZUM SCHUTZ KULTURELLER VIELFALT - Annahme der EntschlieÙung</b>	<p>Die Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen wurde im Oktober 2005 von der UNESCO-Generalkonferenz angenommen. Da die Konvention unterschiedliche Kompetenzbereiche berührt, muss deren Ratifizierung sowohl auf Gemeinschafts- als auch auf Mitgliedstaatenebene erfolgen. Die Europäische Kommission legte im Dezember 2005 einen entsprechenden Vorschlag zur Annahme der Konvention durch die Gemeinschaft vor. Die Konsultationen wurden unter österreichischem Vorsitz erfolgreich zum Abschluss gebracht. Der Rat nahm die EntschlieÙung am 18. Mai 2006 an.</p>
<b>MEDIA 2007 (2007-2013) - Politische Einigung</b>	<p>Die Europäische Kommission legte im Juli 2004 einen Vorschlag für das Programm „MEDIA 2007“ vor. Dieses Förderprogramm zur Unterstützung der europäischen audiovisuellen Industrie soll ab dem Jahr 2007 die derzeit laufenden Programme „MEDIA Plus“ und „MEDIA Fortbildung“ ablösen. Nach der Einigung über das EU-Budget 2007-2013 konnten unter österreichischem Vorsitz die Verhandlungen des Rates über MEDIA 2007 weitergeführt und erfolgreich abgeschlossen werden. Zudem setzte sich die Präsidentschaft dafür ein, dass auch das Europäische Parlament den im Rat erzielten Kompromiss unterstützen wird. Auf der Tagung des Rates vom 18. Mai 2006 wurde die „politische Einigung“ über MEDIA 2007 verabschiedet. Das künftige Förderprogramm wird für eine Laufzeit von 7 Jahren mit einem Gesamtbudget von rund € 755 Mio. ausgestattet sein.</p>
<b>RICHTLINIE AUDIOVISUELLE MEDIENDIENSTE - Fortschrittsbericht und Meinungsaustausch</b>	<p>Der Schwerpunkt der Diskussionen auf Ratsebene lag bei der Revision der Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ hin zu einer „Richtlinie für Audiovisuelle Mediendienste“. Die Europäische Kommission hatte dazu im Mitte Dezember 2005 einen Vorschlag vorgelegt, der unter österreichischer Präsidentschaft erstmals im Rat diskutiert</p>

	<p>wurde. Dabei wurden insbesondere die Ausdehnung des Anwendungsbereichs, die Abgrenzungsproblematik der linearen und nicht-linearen Dienste und neue Begriffsdefinitionen wie „audiovisuelle Mediendienste“ diskutiert. Ein weiterer Kernpunkt bestand in der Diskussion der Liberalisierung der Werbebestimmungen.</p> <p>Unter österreichischem Vorsitz erfolgte eine detaillierte Erörterung der Neuerungen und Problembereiche des Richtlinienvorschlags. Die Ergebnisse dieser Diskussionen wurden in einem Dokument des Rates - „Outcome of Proceedings“ - festgehalten. Am Ministerrat wurde ein Fortschrittsbericht der Präsidentschaft zu den bisherigen Verhandlungen auf Ratsebene vorgelegt. Er enthält Feststellungen von Aussagen der Kommission und von allgemeinen Problembereichen der Delegationen. Auf Grundlage dieses Berichts erfolgte die erste Aussprache auf politischer Ebene am Kulturministerrat zum Richtlinienvorschlag. Die Ergebnisse dieses Meinungsaustausches sowie des Fortschrittsberichts unterstützen eine weitere zügige Verhandlung des Richtlinienvorschlags unter finnischer Präsidentschaft.</p>
<p><b>EMPFEHLUNG JUGENDSCHUTZ - Politische Einigung</b></p>	<p>Über die Empfehlung zum Jugendschutz, zum Schutz der Menschenwürde und zum Recht auf Gegendarstellung wurde unter österreichischer Präsidentschaft eine politische Einigung erzielt. Das Parlament hatte im September 2005 seine umfangreichen Änderungsvorschläge in erster Lesung vorgelegt sowie die Kommission in Reaktion darauf einen geänderten Empfehlungsvorschlag im Jänner 2006 vorgelegt. Nach ausführlichen Diskussionen im Rat sowie im Austausch mit dem Parlament wurde vom österreichischen Vorsitz ein Kompromisstext ausgearbeitet, der die divergierenden Positionen einander annäherte. Dabei wurde ein Großteil der Änderungsvorschläge des Parlaments übernommen, wobei eine Liste an Aufzählungen von Beispielen zur Umsetzung der Empfehlung weitgehend als Annex-Teil übernommen wurde. Zu diesem</p>

	Kompromisstext konnte auf Ratsebene eine politische Einigung erzielt werden.
<p><b>CONTENT- UND KREATIVWIRTSCHAFT - Schlussfolgerungen der Präsidentschaft</b></p>	<p>Schwerpunktthema unter österreichischer Präsidentschaft war der Bereich der europäischen Kreativwirtschaft im Zusammenhang mit Schaffung von Wachstum und Beschäftigung. Dazu fand am 2. und 3. März 2006 die Expertenkonferenz „Content als Wettbewerbsfaktor“ in der Wiener Hofburg statt. Schlussfolgerungen der Präsidentschaft zu dieser Veranstaltung wurden im Ministerrat am 18. Mai 2006 präsentiert. Anschließend fand ein Meinungsaustausch der Minister/innen statt. Dabei zeigte sich, dass eine europaweite Koordinierung und Vernetzung der Contentpolitik notwendig ist, um diese als einen integralen Bestandteil der europäischen Wirtschafts-, Technologie- und Kulturpolitik zu verankern. Dieser Themenbereich soll unter finnischer Präsidentschaft weiter behandelt werden.</p>
<p><b>RAG DATENSCHUTZ</b></p> <p>Wiederaufnahme der Arbeiten der RAG Datenschutz</p>	<p>Die österreichische Präsidentschaft hat sich zum Ziel gesetzt, die RAG Datenschutz nach mehrjähriger Tagungspause wieder einzuberufen. Abgehalten wurden zwei RAG-Treffen. Dabei wurde unter anderem ein Präsidentschaftspapier, unterstützt von FIN und DE, versandt, das die Rolle der RAG Datenschutz und zukünftige Agenden umschreibt. Die Bedeutung der RAG wurde von deren Teilnehmern daraufhin betont und es wurde zugesagt, die Arbeiten fortzusetzen.</p>
<p><b>EU AGENTUR FÜR GRUNDRECHTE</b></p> <p>In den Verhandlungen zur Agentur für Grundrechte wurden große Fortschritte erzielt.</p>	<p>Einem Beschluss des ER vom Dezember 2003 folgend, legte die EK im Juni 2005 einen VO-Vorschlag zur Errichtung einer EU-Agentur für Grundrechte mit Sitz in Wien vor. Zu diesem Zweck soll das Mandat der in Wien ansässigen Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit erweitert werden. Hauptaufgabe der Agentur wird darin bestehen, den Institutionen der EU sowie den MS bei der Durchführung des Gemeinschaftsrechts in Bezug auf die Grundrechte Unterstützung zu gewähren und diesen Einrichtungen ihre Expertise für deren politische Entscheidungen zur Verfügung zu</p>

	<p>stellen. Die von der EK ebenfalls vorgeschlagene Ausweitung der Zuständigkeiten der Agentur auch auf Angelegenheiten der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen ist im Rat umstritten. Geplanter Arbeitsbeginn der Agentur ist der 1.1.2007.</p>
<p><b>IT-KONGRESS "e-Justice &amp; e-Law – New ITSolutions for Courts, Administration of Justice and Legal Information Systems", 31. Mai bis 2. Juni 2006</b></p> <p>Informationsaustausch auf internationaler Ebene im Hinblick auf eine Verbesserung des e-Government in den einzelnen Staaten und der internationalen Zusammenarbeit sowie der Transparenz des Vorschriften und der Judikatur im EU-Raum</p>	<p>Ziel des vom Bundesministerium für Justiz in Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzleramt, dem Europarat und der Europäischen Union veranstalteten Kongresses war es, einen Überblick über richtungweisende Standardanwendungen sowie aktuelle Entwicklungstrends des IT-Einsatzes in der Justiz verschiedener Länder zu ermöglichen. Dies konnte durch Fachvorträge einerseits, andererseits auch durch eine Ausstellung, die neben der Präsentation der eingesetzten Rechtsinformatiktechnologien auch die Möglichkeit zum Gespräch mit Fachleuten bot, erreicht werden. Die Vorträge waren folgenden Themengebieten gewidmet:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• „Mahnverfahren“</li> <li>• „Verfahrensautomation Justiz, Grundbuch, Firmenbuch, Gerichtsveröffentlichungen – Edikte“</li> <li>• „Elektronischer Rechtsverkehr“</li> <li>• „Rechtsinformationssysteme, authentische Publikationen und Abläufe der Gesetzeswerdung“</li> <li>• Es nahmen 506 Teilnehmer aus ca. 30 Staaten an der Konferenz teil.</li> </ul>
<p><b>SUBSIDIARITÄTSKONFERENZ "Europa fängt zu Hause an", St. Pölten 18./19. April 2006</b></p> <p>Weitere Fortschritte in den Bemühungen zu einer bürgernahen und transparenten Entscheidungsfindung in der Europäischen Union erzielt. Als Follow-up der Konferenz sollen deren wichtigste Ergebnisse in die SF des Europäischen Rates einfließen. Besonders hervorzuheben ist die bereits erfolgte Zusage der Kommission, zukünftig ihre Regelungsvorschläge den nationalen Parlamenten direkt zuzuleiten.</p>	<p>Als Teil der europäischen Zukunftsdebatte veranstaltete der österreichische EU-Ratsvorsitz die Subsidiaritätskonferenz 2006 mit dem Titel "Europa fängt zu Hause an". Ziel der Konferenz war, Mittel und Wege zu finden, um eine effektivere Anwendung des Subsidiaritätsprinzips im europäischen Rechtsetzungsprozess zu erreichen und dadurch einen Beitrag zu mehr Bürgernähe zu leisten. Österreich führte damit die Debatte über die Stärkung der Subsidiarität in der EU fort, die bereits anlässlich der Konferenz in Den Haag vom November 2005, „Sharing Power in Europe“, ihren Ausgang genommen hatte. In einem breit angelegten Meinungsaustausch und einer offenen Diskussion wurde in drei Arbeitsrunden die</p>

	<p>Rolle der Regionen und Kommunen innerhalb der EU, die Funktion der nationalen Parlamente bei der Subsidiaritätsprüfung sowie die Schnittstelle zwischen Subsidiarität und Better Regulation erörtert. Erstmals wurde auch der Frage nachgegangen, wie der EuGH in seiner Rechtsprechung Beiträge zu einer effizienteren Anwendung des Subsidiaritäts- sowie des Verhältnismäßigkeitsprinzips leisten kann.</p>
<p><b>Internationale Konferenz „THE SOUND OF EUROPE“, 27./28.1.06 in Salzburg</b></p> <p>Es fand eine breit angelegte Debatte über europäische Werte und den Stellenwert der „kulturellen“ Dimension in diesem Zusammenhang statt. Als gemeinsames Ziel wurde eine Stärkung der „Idee Europa“ und des „Wir-Bewusstseins“ seiner Bevölkerung definiert. „Einander besser kennen lernen“ durch den verstärkten Einsatz von Medien sowie die Forcierung des Austausches auf dem Kultur- und Bildungssektor wurden als Notwendigkeiten erkannt.</p> <p>Die Welt der Wissenschaft war durch ProfessorInnen und StudentInnen von Universitäten und post-graduate Einrichtungen vertreten. Media1 fand die Veranstaltung große Resonanz.</p> <p>Die Nachhaltigkeit wird durch Dokumentationen in Form von Broschüren verstärkt, die durch das BKA (Sektion II) und den EWSA in Brüssel publiziert wurden. Eine Sondernummer (1/06) der „Europäischen Rundschau“ widmet sich zur Gänze der Konferenz „The Sound of Europe“.</p> <p>Ein Beispiel für die Umsetzung konkreter Vorhaben ist die Initiative „Café d'Europe“, die am 9.5.06 erstmalig europaweit gestartet wurde.</p>	<p>Etwa 450 Teilnehmer aus Politik, Kunst/Kultur, Wissenschaft und Medien diskutierten über Perspektiven und Vorschläge, wie das Projekt einer „europäischen Identität“ vorangebracht werden kann.</p> <p>Diese Veranstaltung zu Beginn des österreichischen EU-Ratsvorsitzes baute auf eine Reihe von Veranstaltungen auf, die im Rahmen der niederländischen EU-Präsidentschaft im Jahr 2004 abgehalten wurde.</p>
<p><b>TREFFEN DER EU-SPORTMINISTER UND DER EU- KOMMISSION in Bad Mitterndorf, 13.-15. Jänner 2006</b></p>	<p>Vom 13. bis 15.Jänner 2006 trafen EU-Sportminister sowie Vertreter der EU-Kommission während der Ski-Flug WM 2006</p>

<p>Zentraler Inhalt des Sportministertreffens war das Thema „Sport &amp; Ökonomie in Europa“. Zudem wurden zum Thema Glücksspielmonopol und Sport, Die Bedeutung der Lotteriezweckzuwendungen für den Sport in Österreich und Europa die Auswirkungen der geplanten EU-Dienstleistungsrichtlinie auf die nationalen Glücksspielmonopole eingehend diskutiert. Weiters wurden die aktuellen Entwicklungen auf europäischer Ebene im Sport im Rahmen des Treffens beleuchtet.</p> <p>Bei diesem Treffen wurde Österreich als erfolgreicher Ausrichter von Großsportveranstaltungen und die Bewerbung Salzburg 2014 präsentiert. Im Zuge des EU-Sportministertreffens vereinbarten Staatssekretär Mag. Karl Schweitzer und der Sportminister der Slowakischen Republik, Martin Fronc, ein bilaterales Kooperationsabkommen in den Bereichen des Sportstättenbaus sowie der Sportwissenschaft. Als weiteres zentrales Ziel wurde ein verstärkter Informationsaustausch in den Wintersportarten vereinbart.</p>	<p>am Kulm zu einem Informationsaustausch in Bad Mitterndorf zusammen.</p> <p>Bei dieser Veranstaltung handelte es sich um keine offizielle Tagung im Rahmen des Österreichischen EU-Ratsvorsitzes sondern um ein Freundschaftstreffen der EU-Sportminister.</p>
<p><b>7. EUROPÄISCHE FRAUEN UND SPORTKONFERENZ IN DER WIENER HOFBURG, 24.-26.März 2006</b></p> <p>Das Ergebnis der Konferenz auf nationaler Ebene war, dass das Bewusstsein für „Frauen und Sport“ stark gesteigert werden konnte. Die Projekte, die von jeweils einem Dachverband federführend geplant und umgesetzt wurden – und durch das BKA aus Mitteln der Bundes-Sportförderung unterstützt wurden – erwiesen sich als richtungsweisend und als netzwerkbildend. Das starke Engagement fand schließlich Niederschlag in einer Vielzahl von Projekten, die bei der EWS Konferenz vorgestellt werden konnten. Dafür wurde eigens und erstmals eine Messe bei der EWS Konferenz</p>	<p>Österreich war Gastgeber der „7. European Women and Sport Conference“. Good Governance in sport - Sport als Trendsetter für die neue Bürgergesellschaft“ war das Schwerpunktthema des Vorsitzes Österreichs in der Arbeitsgruppe European Women and Sport (EWS).</p> <p>Die Konferenz war der Höhepunkt Österreichs nationaler und internationaler Aktivitäten im Bereich Frauen und Sport. Zur nachhaltigen Wirkung des internationalen Vorsitzes auf nationaler Ebene wurden von den nationalen Dachverbänden spezifische Arbeitsschwerpunkte dazu gesetzt.</p>

<p>eingerrichtet.</p> <p>Nach auBen hin konnte die Organisation ein sehr komplexes Thema anschaulich darstellen und in die Diskussion auf sportpolitischer Ebene bringen.</p> <p>Drei Beschlüsse wurden bei der EWS Konferenz gefasst: 1- das Mitdenken der Genderperspektive in allen Aktivitäten, 2- der Grundsatz „Quality through equality“ und 3- die Weiterentwicklung der Organisationsstruktur der EWS mit Ziel der Entwicklung einer eigenen Rechtspersönlichkeit für die EWS.</p> <p>Am ersten Tag der Konferenz wurden unter der Headline „Good Governance“ die Fördermaßnahmen und Schwerpunkte von Seiten des Bundes im Bereich Mädchen- und Frauensport vorgestellt. Zielsetzung ist, den Frauenanteil unter den Sportlern, Trainern als auch Funktionären nachhaltig zu steigern. Mit der Umsetzung von Gender Mainstreaming in allen Bereichen der Bundes-Sportförderung wurden die Rahmenbedingungen optimiert.</p> <p>Mit dem neuen Bundes-Sportförderungsgesetz werden seit Jänner 2006 sämtliche Bundes-Sportförderungsmittel unter Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Kriterien im Sinne von Gender Mainstreaming vergeben.</p> <p>Zahlreiche der im Rahmen der EWS-Konferenz präsentierten Projekte wurden aus Mitteln der Bundes-Sportförderung unterstützt.</p>	
<p><b>SPORTDIREKTORENKONFERENZ in der Wiener Hofburg, 29./ 30. März 2006</b></p> <p>Zentraler Inhalt der Konferenz war das Thema „Sport &amp; Ökonomie in Europa“. Dieser umfangreiche Bereich wurde von Univ. Prof. Dr. Bernhard Felderer sowie</p>	<p>Es nahmen aufgrund dieses auch für die neuen EU- Mitgliedstaaten höchst interessanten Themas alle Sportdirektoren aus den EU-Mitgliedstaaten (außer Vertreter Italiens und Ungarns aufgrund der nationalen Wahlen) zuzüglich Repräsentanten aus Bulgarien und Rumänien sowie Vertreter der Europäischen Kommission an dem Treffen</p>



<p>SportsEcon Austria im Auftrag der Sektion Sport des Bundeskanzleramtes mittels einer Studie aufbereitet. Die genannte Studie behandelt folgende Schwerpunktthemen:</p> <p><b>Die makroökonomischen Effekte des Sports</b>  <b>Beschäftigungseffekte des Sports</b>  <b>Ökonomische Effekte von Großsportveranstaltungen</b>  <b>Sport und Tourismus</b>  <b>Sport und Gesundheit</b>  <b>Sport und Ageing</b></p> <p>Beschäftigung und Wachstum sind die zwei wichtigsten im Rahmen der Lissabon-Strategie verfolgten Ziele, um Europa in den nächsten Jahren zum weltweit dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum zu machen.</p> <p>Es ist ein wesentliches Anliegen der Österreichischen EU-Ratspräsidentschaft, Wege zu finden, der Europäischen Wirtschaft neue Impulse zu verleihen und damit auch neue Arbeitsplätze zu schaffen.</p> <p>Der Sport kann hierfür auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene eine wichtige Rolle spielen.</p> <p>Bezüglich der erreichten Ziele und Erfolge darf auf die beiliegenden umfassenden Schlussfolgerungen der Sportdirektorenkonferenz verwiesen werden.</p>	<p>der Sportdirektoren teil.</p>
<p><b>EU- Arbeitsgruppentreffen</b> in Dürnstein, 2./3.Mai 2006</p> <p>Bei diesem Meeting wurde ein detailliertes Anforderungsprofil des gemeinsamen Europäischen Kandidaten für die Funktion des WADA (World Anti-Doping Agency) Vice-Chair 2007 (Chair 2008) erarbeitet.</p> <p>Das zweite Meeting zur weiteren</p>	<p>Die Sportdirektoren begrüßten bei der Sportdirektorenkonferenz den Vorschlag der Präsidentschaft zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz der Österreichischen EU- Ratspräsidentschaft und weiterführend der Troika zur Findung eines gemeinsamen Europäischen Kandidaten für die Funktion des WADA (World Anti-Doping Agency) Vice-Chair 2007 (Chair 2008).</p>

<p>Sondierung findet am 14.06.2006 in Paris statt.</p>	<p>An dem EU- Working Group Meeting nahmen Vertreter Finnlands, Deutschlands, Großbritanniens, Spaniens, der Niederlande, Frankreichs, Dänemarks, Schwedens, Portugals und Österreichs teil.</p>
<p><b>SPORT UND ENTWICKLUNGSPOLITIK</b></p> <p>Die Sektion Sport des Bundeskanzleramtes unterstützte anlässlich des Internationalen Jahres des Sports und der Sporterziehung der UNO Projekte, um Sport als Mittel der Entwicklungszusammenarbeit anzuwenden wie <i>Kicking for Reconciliation</i> - ein Fußballprojekt für traumatisierte Mädchen in Ruanda - sowie <i>Frauen schwimmen in die Eigenständigkeit</i> – Schwimmunterricht für Frauen und Mädchen in den Tsunami Gebieten Südindiens.</p> <p>Österreich ist seit Jänner 2006 (neben der Schweiz, Norwegen und Kanada) als erster EU- Mitgliedstaat Funding Country der Sport for Development and Peace International Working Group der Vereinten Nationen.</p> <p>Dieses österreichische Engagement stieß innerhalb der Vereinten Nationen auf eine äußerst positive Resonanz. Ziel der Österreichischen Präsidentschaft war und ist, eine breite Unterstützung für die positiven Ziele von „Sport und Entwicklung“ zu finden und – vor allem in den neuen Mitgliedstaaten- Interesse für diesen Bereich zu wecken.</p> <p>Aufgrund des österreichischen Engagements sind die Vereinten Nationen an Österreich mit dem Vorschlag herangetreten, einen regionalen europäischen Jugendgipfel mit Teilnehmern aus 27 Ländern mit Schwerpunkt <i>Sport &amp; Entwicklung</i> im Rahmen der Österreichischen EU-Ratspräsidentschaft durchzuführen.</p> <p>Dieser Youth Summit fand vom 19.06.-</p>	<p>Das Europäische Parlament hat mit einem Entschließungsantrag die Bedeutung des Sports in sozialer und erzieherischer Hinsicht sowie in Hinblick auf eine konstruktive Entwicklungsarbeit hervorgehoben.</p> <p>Das Thema Sport und Entwicklungspolitik wurde im Zuge der EU- Ratspräsidentschaft in Wien vor allem unter einem europapolitischen Gesichtspunkt diskutiert.</p>

<p>21.06.2006 in Wien statt. Österreich wird in Folge beim Global Youth Summit mit GS Kofi Annan Ende Oktober in New York dementsprechend vertreten sein.</p>	
<p><b>EU-KOHÄSIONSPOLITIK 2007-2013 Abschluss der Verhandlungen zu den neuen Rechtsgrundlagen</b></p>	<p>Die Europäische Kommission hat im Juli 2004 Entwürfe für folgende 5 Verordnungen (VO) als Rechtsgrundlage für die EU-Kohäsionspolitik 2007-2013 vorgestellt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- VO mit Allgemeinen Bestimmungen zu den Strukturfonds (Allgem. SF-VO)</li> <li>- VO mit Bestimmungen zum Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE-VO)</li> <li>- VO mit Bestimmungen zum Europäischen Sozialfonds (ESF-VO)</li> <li>- Kohäsionsfonds-VO und</li> <li>- VO zur Schaffung eines Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ-VO).</li> </ul> <p>Die EFRE-, ESF- und EVTZ-VO sind im Mitentscheidungsverfahren mit dem Europäischen Parlament zu beschließen, wodurch – und das war und ist einer der Hauptschwerpunkte des österreichischen Ratsvorsitzes – das EP eng in den Verhandlungsprozess einzubinden war/ist.</p> <p>Die Verhandlungen zu den 5 SF-VO laufen seit Juli 2004 und befinden sich derzeit in der abschließenden Phase.</p> <p>Die Verhandlungen waren aufgrund des finanziellen Gewichts der Kohäsionspolitik sehr eng an die parallel laufenden Verhandlungen zum EU-Budget gebunden. Die Österreichische Präsidentschaft hat das Strukturfondsdossier Anfang dieses Jahres zwar in einem weit fortgeschrittenen Verhandlungsstadium übernommen, in dem jedoch einige der besonders kontroversiellen und härtesten Verhandlungspunkte noch offen waren.</p> <p>Auch die Einbindung des Europäischen Parlaments in den Verhandlungsprozess, zu dem seitens des Österreichischen Verhandlungsteams bereits im Vorfeld der Präsidentschaft ein enger Kontakt aufgebaut wurde, war damals de facto noch nicht erfolgt.</p>

	<p>Bis zur Einigung zwischen Rat und Europäischen Parlament auf das EU-Budgets 2007-2013 im April konnten unter österreichischem Vorsitz die Verhandlungen im Rat weitgehend abgeschlossen werden. Parallel dazu wurden die Gespräche mit dem Europäischen Parlament bzw. zwischen Parlament und Rat intensiviert, um einen für alle Beteiligten konsensfähigen Kompromiss zu erarbeiten. Die Verhandlungen sind zwar formal noch nicht abgeschlossen, aber am 12. Juni wird im Rat (GAERC) der Gemeinsame Standpunkt zu dem VO-Paket beschlossen, das Europäische Parlament wird am 21./22. Juni (in den Ausschüssen) bzw. am 4. Juli im Plenum über das VO-Paket abstimmen, mit einer Veröffentlichung der VO ist im Juli zu rechnen.</p> <p>Die Herausforderungen waren sicherlich einerseits, die Unsicherheit über den Zeitpunkt der Einigung zum EU-Budget nicht auf die Verhandlungen zu den technischen Punkten der SF-VO im Rat übergreifen zu lassen, sondern hier v.a. durch zahlreichen bilaterale Gesprächen mit einzelnen Delegationen alle Verhandlungspartner zu einem konsensfähigen Kompromissvorschlag hinzuführen.</p> <p>Insbesondere galt es das Europäische Parlament, das diesmal eine gestärkte Rolle im Verhandlungsprozess hatte, mit viel Fingerspitzengefühl einzubinden und zum einen die institutionellen Interessen ausgewogen zu halten und zum anderen auch das EP für eine rasche Einigung über die VO zu gewinnen (hätte das EP auf die Einhaltung des formalen Verfahrensweges bestanden, wäre ein Abschluss der SF-Verhandlungen wohl erst unter D-Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2007 möglich gewesen).</p>
<b>Rolling boards</b>	Präsentation von Bildern und Fotos junger Künstler aus den Mitgliedstaaten der EU zum Thema Europa im öffentlichen Raum
<b>Speaker's corner</b>	Einrichtung eines „virtuellen speaker's corner“ auf dem Ballhausplatz: dem Publikum wurde die Möglichkeit gegeben, Kommentare zur

	EU und zu statements prominenter Zeitgenossen im EU-Kontext abzugeben. Die redaktionelle Auswertung dieses Dialoges fand in Kooperation mit einer großen Tageszeitung statt.
<b>Österreich konkret</b>	Herausgabe einer Broschüre über die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation Österreichs, seine Geschichte, seine Position in der EU, über sozial- kultur- und umweltpolitische Daten sowie über Zahlen und Fakten; in diversen Sprachen produziert und breit vertrieben
<b>Philharmoniker Konzert in Brüssel (Palais des Beaux-Arts – „Bozart“)</b>	
<b>Ausstellung Wiener Werkstätten (MAK)</b>	Sonderausstellung von Arbeiten der Wiener Werkstätten im Palais Bozart, Brüssel
<b>„Österreich in Europa“</b>	Ausstellung über Österreichs Beiträge zur europäischen Kultur- und Geistesgeschichte im Justus Lipsius – Gebäude, Brüssel
<b>Image of Europe</b>	Zeltausstellung (Kohlhaas) auf dem Wiener Heldenplatz
<b>Cafe d'Europe</b>	Durchführung von Literaturveranstaltungen in Kaffeehäusern in allen EU-Mitgliedstaaten
<b>diverse Inseratenkampagnen, TV-Spots und Druckwerke</b>	zB zu den Themen: Vorteile der EU-Mitgliedschaft für Österreich, EU-Erweiterung, Europatag, EU-LAK-Treffen